

Luxemburg, den 17. November 2025

Déi aner Säit vum Räichtum – Och dat ass Lëtzebuerg

Luxemburg zäht zu den reichsten Ländern Europas – und dennoch wächst die soziale Ungleichheit. Das seit Jahren wiederholte Regierungsmantra „erst starke Wirtschaft, dann Sozialstaat“ funktioniert nachweislich nicht. Wirtschaftswachstum sorgt nicht für soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen, faire Löhne oder gleiche Chancen. Wenn Teilhabe und soziale Sicherung hinten angestellt werden, fällt die Basis, auf der eine starke Wirtschaft ruht: gesellschaftliche Kohäsion, Gesundheit, Bildung, sozialer Frieden.

Die Realität in Luxemburg:

- Armut nimmt zu: 2024 war fast jede*r Fünfte armutsgefährdet. Das sind über 125.000 Menschen.
- Kinder am stärksten betroffen: 24,1 % der unter 18-Jährigen leben mit Armutsrisiko.
- Wohnen ist der größte Armutsfaktor: steigende Mieten und Nebenkosten treiben Menschen an ihre Grenzen – selbst mit unbefristeten Verträgen.
- Frauen sind besonders gefährdet: Frauen tragen in allen Bereichen ein höheres Armutsrisiko – als Alleinerziehende, die in Teilzeit und im Rentenalter mit deutlich weniger auskommen müssen.

Unser Anspruch: Armutsprävention zuerst

Luxemburg braucht eine Sozialpolitik, die vorbeugt, absichert und Teilhabe ermöglicht: beim Wohnen, in der Gesundheit, in der Bildung und in der Mobilität. Ein starker Sozialstaat ist keine Folge des Wachstums, sondern Voraussetzung für eine stabile und innovative Wirtschaft. Beide Regierungsstrategien, der Armutsplan und die Obdachlosenstrategie, müssen gemeinsam gedacht werden. Armut und Wohnungslosigkeit sind zwei Seiten derselben Realität und dürfen nicht getrennt behandelt werden.

Was wir uns von der Regierung und dem Armutsbekämpfungsplan erwarten

Wir erwarten, dass die Regierung endlich eine echte Prioritätenwende einleitet: Soziale Sicherheit darf kein Nebeneffekt des Wachstums sein. Ein Armutsbekämpfungsplan, der seinem Namen gerecht wird, braucht konkrete, ressortübergreifende Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und verbindliche Zeitrahmen.

Die Ministerien müssen enger zusammenarbeiten: Sozialpolitik, Wohnungsbau, Gesundheit, Familie, Gemeinden und Hilfsangebote stärker miteinander vernetzen. Bürokratievereinfachung darf kein Schlagwort bleiben: Verfahren müssen gemeinsam mit Sozialarbeiter*innen und Betroffenen überprüft werden, damit Unterstützung tatsächlich ankommt und wirkt.

Wir erwarten außerdem, dass die Regierung präventive Maßnahmen ernst nimmt, denn wer Armut verhindern will, muss sie frühzeitig erkennen und systematisch durchbrechen, bevor Menschen in Verschuldung, Wohnungslosigkeit oder Isolation abrutschen. Unser Land braucht jetzt eine Regierung, die Wachstum nicht gegen soziale Sicherheit ausspielt, sondern beides zusammendenkt.

Unsere 20 Vorschläge:

Wohnen: Grundrecht statt Armutsfaktor

- **Leerstand mobilisieren:** schnelle, wirksame Besteuerung ungenutzter Wohn- und Bauflächen einführen sowie die **Mietpreisbremse** verbessern.
- **Bezahlbaren Wohnraum ausbauen:** Mehr öffentlichen und gemeinnützigen Wohnraum dauerhaft absichern.
- **Mietsubvention überdenken:** Statt komplizierter Anträge einen **Steuerkredit für Mieter*innen** einführen.
- **Solidarität der Gemeinden:** flächendeckendes Quotensystem für Housing- und Aufnahmestrukturen.
- **„Adresse de référence“ gesetzlich besser an die Bedürfnisse anpassen**
- **Obdachlosigkeit:** Ausbau dezentraler Nachtstrukturen, gezielte Angebote für Frauen schaffen und Housing-First-Kapazitäten substanziell erhöhen.

Kinderarmut stoppen – Chancen schaffen

- **Kindergeld erhöhen** und **gezielte Zuschüsse** für Alleinerziehende und einkommensschwache Haushalte.
- **Willkommenskiste** für Neugeborene und Ausbau der **Frühversorgungsprogramme**
- **Verlässliche Unterhaltszahlung** nach Düsseldorfer Tabelle, welche über die Zukunftskasse ausbezahlt wird.
- **Erweiterter, gedeckelter Elternurlaub** bis zum 3. Lebensjahr.
- *Faire Kinderbetreuung: Eltern sollen nicht mehr draufzahlen müssen, weil sie auf eine private Krippe angewiesen sind – die Kosten müssen gesenkt werden.*
- **Gezielte Unterstützung für Jugendliche** in Institutionen/ohne Elternkontakt, v. a. in der Transitionsphase ins Erwachsenenleben. Spezifische Unterstützung für 18- bis 24-Jährige mit Startschwierigkeiten.

Würdevolles Altern und Zugang zu Gesundheitsleistungen sichern

- **Mindestrente erhöhen**, gekoppelt an das Referenzbudget für Senior*innen.
- **Universelle Krankenversicherung (CUSS)** gesetzlich absichern und ausbauen.
- Flächendeckender Ausbau von **ambulanten psychologischen Betreuungsstrukturen**.
- **Gender Pension Gap** endlich konsequent angehen – Aufklärung, Rentensplitting, gezielte Hilfen.

Starke Strukturen für soziale Gerechtigkeit

- **EU-Mindestlohndirektive korrekt umsetzen** – Mindestlohn armutsfest gestalten.
- **Sozialhilfe und Arbeitsmarktintegration** besser verzahnen, individuelle Begleitung stärken.
- **Regionale Zentren der sozialen und beruflichen Inklusion** (ADEM, Offices sociaux, ARIS) schaffen. **Sozialämter entstigmatisieren** – mit mehr Mitteln, klarer Mission, besserer Kommunikation und Koordination.
- **REVIS-Gesetz grundlegend reformieren:** Sanktionspraxis und Rückforderungen hinterfragen, automatische Kopplung mit dem „tiers payant social“, Rentenansprüche verbessern.